

# zeitung gegen den krieg

Nr. 58 Winter 2024

## Sehnsucht nach Frieden nicht diskreditieren lassen **NEIN zur Raketenstationierung**

Daniela Dahn

**N**uerdings steht in unseren veröffentlichten Debatten die Verteidigung nicht näher beschriebener Freiheit ganz hemmungslos über der des Friedens. Wessen Freiheit? Für die Eingezogenen auf beiden Seiten kann es keine geringere Freiheit geben als die im Schützengraben. In diese Niederungen müssen die geistigen Mobilmacher selbst nie. Sie verteidigen indes die Freiheit des Geschäftemachens: Die Gewinne der Rüstungsindustrie sind heute so hoch wie das Einkommen der Hälfte der Weltbevölkerung. Unsere „wertegeleitete“ Sicherheitspolitik verteidigt wahrlich hohe Werte.

Die Regierungen der USA und Deutschlands haben ohne realistische Bedrohungsanalyse und ohne Erläuterung des strategischen Zwecks angekündigt, ab 2026 die in Deutschland bereits stationierte Multi-Domain Task Force mit einem Mix aus SM-6 Mittelstrecken-Raketen, Tomahawk-Marschflugkörpern und Überschallflugkörpern auszurüsten, die für Angriffe tief in Russland und selbst in China geeignet sind. Damit wird die Fähigkeit installiert, gegnerische Raketenbasen präventiv zu zerstören.

Die dünne Begründung von deutscher Seite, damit eine „Fähigkeitslücke“ in der Abschreckung schließen zu wollen, reicht nicht als Erklärung, der US-amerikanischen Seite vasallentreu auch diesen Wunsch zu erfüllen. Die Stationierung ausschließlich in Deutschland erhöht im Ernstfall das Risiko der hiesigen Bevölkerung, Ziel eines Atomangrif-

fes zu werden. Diese Gefahren übersteigen den behaupteten Sicherheitsgewinn bei weitem. Die nächste Eskalationsstufe wäre dann die Forderung, die stationierten Raketen atomar nachzurüsten.

Der Doppelbeschluss der Nato von 1979 hieß so, weil sogar er die Doppelstrategie Raketenauflistung plus Rüstungskontroll-Gespräche verfolgte. Heute gilt nur noch die phantasielose Logik der militärischen Konfrontation. Selbst die Sehnsucht nach Frieden wird schon diskreditiert. Dabei wird Frieden von alters her als mehr als die Abwesenheit von Krieg beschrieben. Nämlich als eine Tugend, eine Neigung zu Güte, Vertrauen und Gerechtigkeit. Alles Fähigkeiten, die dem politischen Establishment abhandengekommen sind in ihren nur sie interessierenden Kämpfen um Vorherrschaft und Dominanz. Laut INSA sind hierzulande 68 Prozent für Friedensverhandlungen mit Russland und 65 Prozent der Bevölkerung für einen sofortigen Waffenstillstand. Doch die Regierung ignoriert die mehrheitlichen Wünsche der Bevölkerung, die sie doch repräsentieren soll.

Deshalb wäre selbst eine dringend nötige Debatte nicht ausreichend. Die von der Stationierung Profitierenden werden sie so oder so zu ihren Gunsten auslegen. Die Aussprache muss begleitet werden von einer starken Bewegung, die zu den Stationierungsplänen NEIN sagt. Der Berliner Appell könnte ihre Plattform sein.

Daniela Dahn ist Publizistin. Ihr neuestes Buch heißt: „Der Schlaf der Vernunft – Über Kriegsklima, Nazis und Fakes“

## „Berliner Appell“ für breiten gesellschaftlichen Widerstand gegen neue Waffensysteme

Michael Müller & Reiner Braun

**D**ie Bundesregierung hat in der NATO zugelassen, dass in Deutschland – und nur in Deutschland – neue Mittelstreckenraketen stationiert werden sollen. Es sind Raketen, die auch atomar bestückt werden können und unser Land zu einem vorrangigen Angriffsziel machen. Wir sagen: Die Dummheit der Geschichte darf sich nicht wiederholen! Die Ablehnung der Erstschlagswaffen muss Fahrt aufnehmen. Die bundesweite Demonstration am 3. Oktober war dafür ein gelungener und bewegender Auftakt.

Der „Berliner Appell“ gegen die Stationierung der Mittelstreckenwaffen will den Protest in die Breite der Gesellschaft tragen. Die Ablehnung soll per Unterschrift verdeutlicht und manifestiert werden. Die massenhafte Unterstützung wird allein sicher nicht ausreichen, die Stationierung zu verhindern, aber sie kann ein wichtiger Beitrag sein, der Ablehnung eine starke Stimme zu verleihen.

Der Berliner Appell bedeutet aktive Überzeugungsarbeit. Neue Partnerinnen und Partner können gewonnen, alte Bündnisse wiederbelebt werden. Aufeinander zugehen ist die Herausforderung, um das Nein zur Stationierung zum Mehrheitswillen zu machen.

Dafür brauchen wir weitere Demonstrationen und auch – wie in den 1980er Jahren in Mutlangen – Aktionen des zivilen Ungehorsams.

Alles, was der Verhinderung einer Stationierung bis 2026 dient, ist sinnvoll und willkommen – von Informationsständen bis Social Media. Onlineaktivitäten, Straßenaktionen, phantasievolle Umzüge, Sit-in oder Die-in, Plakataktionen, Ausstellungen, Diskussionen mit PolitikerInnen.

Gemeinsam und solidarisch werden wir das „Nein zu Mittelstreckenraketen“ angehen. Im Kontakt und Austausch können wir lernen, noch besser und aktiver zu werden. Die Begründung ist eindeutig: Diese Waffen taugen atomar oder konventionell zum Erstschlag, sie provozieren (auch präventiv) Gegenmaßnahmen. Wir dürfen die Gefahr nicht vergessen: (atomare) Raketen sind Magneten – Mitteleuropa würde einen Atomkrieg nicht überleben.

Wir haben die Bedeutung der früheren Friedens- und Entspannungspolitik nicht vergessen. Jede neue Stufe der Eskalation muss und kann verhindert werden. Durch uns, gemeinsam mit allen, die besorgt sind und den vielen, die wir gewinnen werden, Nein zu sagen.

Reiner Braun und Michael Müller haben den „Berliner Appell“ mit initiiert.

## BERLINER APPELL

Gegen neue Mittelstreckenwaffen und für eine friedliche Welt: Jetzt unterschreiben!



<https://nie-wieder-krieg.org/>

**DIE NIE WIEDER KRIEG  
WAFFEN NIEDER**

Bild: Konstantin Eulenburger

## Wer Frieden will, muss gegen den Krieg kämpfen!

Ulrike Eifler

**D**ie große Friedensdemonstration am 3. Oktober und der Berliner Appell zeigen: Die Friedensbewegung rückt zusammen. Wenn der Vorsitzende der SPD-Linken, Jan Dieren, die Theologin Margot Käßmann, der Gewerkschafter Hans-Jürgen Urban, der ehemalige grüne Staatssekretär Horst Becker, der Kommunist Patrik Köbele, der Linke Gregor Gysi und BSW-Vorsitzende Sahra Wagenknecht unter einem Aufruf stehen, dann ist das ein gutes Zeichen. Getragen wird diese Friedensmanifestation zudem von Hochschullehrern und Kulturschaffenden.

Der Appell ist ein notwendiges Signal, weil wenig wahrscheinlich ist, dass Olaf Scholz und Boris Pistorius die Stationierung einfach absagen werden. Der Grund: Hinter der bilateralen Vereinbarung mit den USA stehen geopolitische Interessen.

Parlamentarische oder politische Diskussionen oder gar die Bedenken der Zivilgesellschaft sind da nur störend. Nicht zufällig also entgegnete Pistorius seinen Kritikern, dass es sich nicht um eine Frage handele, die ins Parlament gehöre.

Als schließlich herauskam, dass die verschiedenen Bundesregierungen mit den verschiedenen US-Regierungen seit 2016 über die Raketenstationierung verhandeln, wur-

de deutlich: Die Zeitenwende unterspült die Fundamente der Demokratie. Begleitet wird dieser schleichende Prozess der Entdemokratisierung zudem durch diverse Arbeitsgruppen der NATO, in denen die Industrievertreter der NATO-Staaten über die Anforderungen für die Beschaffung von militärischer Ausrüstung beraten.

Vergleichbare Mitbestimmungsrechte für Vertreter der Zivilgesellschaft sind nicht vorgesehen und vermutlich auch nicht erwünscht. Dabei sind sie es, die die Gelder für die umfassende Militarisierung durch Sozialkürzungen aufbringen müssen. Und sie sind es auch, die am Ende das Risiko einer Eskalation tragen werden.

„Wer Frieden will, muss gegen den Krieg kämpfen“, hat der Gewerkschafter Willi Bleicher einmal gesagt. Bilaterale Verabredungen, das Düpien des Parlamentes, die Vorenthaltung von Mitbestimmungsrechten für die breite Bevölkerung – all das wird nicht automatisch enden, sondern erst, wenn eine relevante Anzahl von Menschen auf der Straße steht und deutlich macht: Wir tolerieren die Kriegsvorbereitungen nicht! Wir halten sie nicht einmal für notwendig!

Ulrike Eifler ist Gewerkschaftssekretärin



# Raketen sind Magneten

Lühr Henken

Der Beschluss von Joe Biden und Olaf Scholz, ab 2026 auf deutschem Boden drei neue Typen von Mittelstreckenraketen gegen Russland aufzustellen, stellt eine dramatische Zäsur dar. Sie kommt dem sogenannten NATO-Nachrüstungsbeschluss vor 45 Jahren gleich. Damals fasste die NATO den Beschluss, hier neue Mittelstreckenraketen Pershing II und Marschflugkörper Cruise Missiles aufzustellen. Die ballistische Rakete Pershing II hatte es in sich: Sie verfügte über einen atomaren Gefechtskopf, der gehärtet war, um unterirdische Kommandozentralen in der Sowjetunion zerstören zu können.

Damals sprach man davon, damit dem „Huhn den Kopf abschlagen“

zu wollen. Sie traf auf 20 bis 40 Meter genau. Die Pershing II war eine Enthauptungswaffe, die als atomare Erstschlagwaffe konzipiert war. Diese Waffe gibt es nicht mehr. Der INF-Vertrag führte zu ihrer Verschrottung.

Ähnliches lebt nun in Dark Eagle, eins der drei neuen US-Waffentypen, wieder auf. Sie wird als Hyperschallwaffe bezeichnet und fliegt mit bis zu 17-facher Schallgeschwindigkeit. Sie nimmt andere Flugbahnen als die Pershing II. Während diese einem berechenbaren 300 km hohen Bogen folgt, reitet der von der Rakete gelöste Gefechtskopf der Dark Eagle gleichsam in nur 60 bis 80 km Höhe in unberechenbaren Wellen und kann mittels Radar erst 500 bis 300 km vor dem präzisen Einschlag erfasst werden. Sie abzufangen, ist bis

der Dark Eagle sind „zeitkritische Hochwertziele“. Das bedeutet: sie hat hochrangige Politiker im Visier, die dann getroffen werden müssen, wenn absehbar ist, dass sie sich mal für eine Viertelstunde nicht vom Fleck bewegen. Deshalb ihre Hochgeschwindigkeit, deshalb ihre Treffgenauigkeit. Eine Dark-Eagle kostet 41 Millionen Dollar. Zunächst ist vorgesehen, dass eine Batterie, bestehend aus 8 Raketen, ab 2026 nach Deutschland kommt. Die Rakete kann bis zu 3.700 km weit fliegen. Bis Moskau braucht sie von Süddeutschland aus etwa 10 Minuten. Dem russischen Präsidenten ist die persönliche Gefahr bewusst. Putin hat dies in einer Rede an die Nation wenige Tage vor seinem Befehl zum Einmarsch in die Ukraine klargemacht. Er setzte sich mit den Gefahren für Russland auseinander,

35 Minuten, für ballistische Raketen aus dem Raum

Charkow 7 bis 8 Minuten und für die Hyperschall-Schlagmittel 4 bis 5 Minuten. Das bezeichnet man als ‚das Messer am Hals.‘“

Die persönliche Bedrohung ihres Präsidenten ist nicht das einzige Problem, das Russland durch die Stationierung der Dark Eagle in Deutschland bekommt. Sie bedrohen zudem die Radarfrühwarnanlagen gegen US-Interkontinentalraketen – und zwar können 8 von 12, die Russland besitzt, getroffen werden. Die Folge: Russland wäre als Folge einer Dark-Eagle-Salve blind – und damit erpressbar. Ähnliches gilt für die Gefährdung der russi-



## Impressum

**Redaktion** Reiner Braun und Karl-Heinz Peil, mit Unterstützung von Joachim Römer, Heino Berg (V.i.S.d.P.)  
Die ZgK erscheint im Büro für Frieden und Soziales – BFS e.V., Michendorf.

**Unterstützende Parteien, Initiativen und Organisationen** Die Anstifter Stuttgart · bundesweite AG Globalisierung und Krieg · Bremer Friedensforum · Friedensbündnis Karlsruhe · Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) · Deutscher Friedensrat e.V. · Heidelberger Forum gegen Militarismus und Krieg · LabourNet · Sozialistische Linke Karlsruhe · Bundesausschuss Friedensratschlag · Redaktion Lunapark21 · Naturwissenschaftlerinitiative Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit · Nordbremer Bürger gegen den Krieg · PapyRossa Verlag Köln · Rüstungs-Informationsbüro (RIB e.V.) Freiburg · Sozialistische Zeitung/SoZ Köln · DIE LINKE (Partei Vorstand).

**Gestaltung & Layout** Joachim Römer Köln

**Redaktions- & Vertriebsadressen**  
Postanschrift International Peace Büro – IPB · Marienstr. 19/20 · 10117 Berlin  
E-Mail Hr.Braun@gmx.net  
Tel. 0 30 - 12 08 45 49 (Büro IPB)

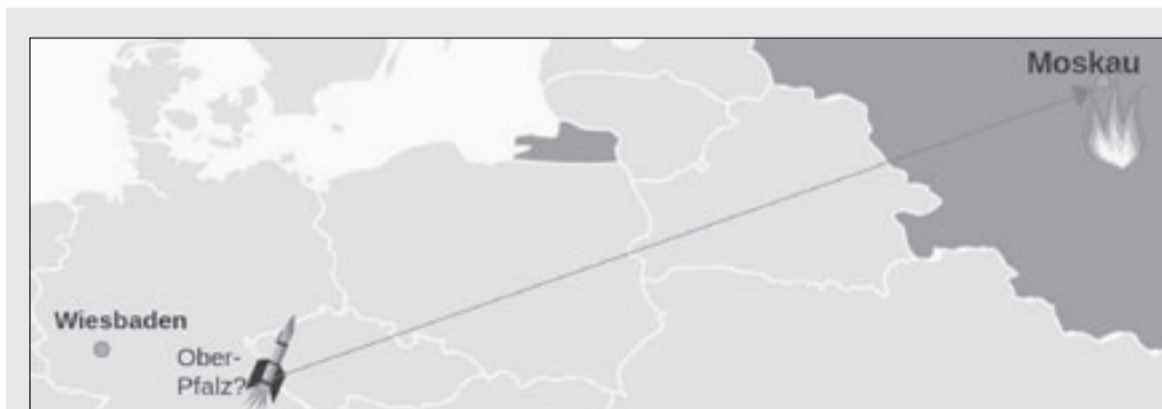
**Bezugspreise** Der Versand erfolgt auf Bestellung zu den folgenden Unkosten: bei Bestellungen von 1 – 99 Ex.: 21 Cent je Ex. ab 100 Ex.: 17 Cent je Ex. Jeweils zuzüglich Porto und Verpackung. Mindestbestellmenge: 10 Exemplare.

**Spenden & Konto** Die Zeitung GEGEN DEN KRIEG finanziert sich über Spenden und Unkostenbeiträge und durch die ehrenamtliche Arbeit von Autorinnen und Autoren. Der BFS e.V. ist anerkannt als gemeinnütziger Verein; Spenden sind steuerlich abzugsfähig.  
Konto BFS e.V. · Mittelbrandenburgische Sparkasse  
IBAN DE04 1605 0000 3527 0018 66  
BIC WELADED1PMB

ISSN 1611-2881

heute unmöglich. Sie zielt nicht auf verbunkerte Ziele, benötigt deshalb auch keinen atomaren und keinen gehärteten Sprengkopf. Die Ziele

wenn die Ukraine NATO-Mitglied würde. Er sagte: „die Flugzeit von Marschflugkörpern ‚Tomahawk‘ nach Moskau beträgt weniger als



## ...ein globaler und regionaler Rüstungswettlauf

Oberst a.D. Wolfgang Richter hat für die Friedrich-Ebert-Stiftung eine umfangreiche Analyse zur Stationierung von U.S. Mittelstreckenraketen in Deutschland verfasst. Wir geben hier die Schlusspassage aus seinem Fazit wieder.

Die Stationierungsentscheidung ohne paralleles Dialogangebot reduziert signifikant die Aussichten, die Rüstungskontrolle in Europa und weltweit wiederzubeleben und einen globalen und regionalen Rüstungswettlauf zu verhindern. Dies steht im Widerspruch zu den Zielen der Nationalen Sicherheitsstrategie der Bundesregierung. Die erwartbare russische Gegenstationierung nuklearfähiger Raketen wird Deutschland einer erhöhten Gefährdung aussetzen. Die absehbare Eskalation der Spannungen mit Russland wird die Sicherheitslage Deutschlands verändern und das atomare Risiko für Deutschland im Konfliktfall gravierend erhöhen. Dass eine Entscheidung von solcher Tragweite für die Sicherheit Deutschlands als exekutiver Akt mitgeteilt wird, ohne sie im Vorfeld im Deutschen Bundestag und in der deutschen Öffentlichkeit ausführlich zu diskutieren, ist ebenfalls befremdlich. Denn sie erschließt sich nicht aus der Nationalen Sicherheitsstrategie von 2022. Die Verschärfung der Konfrontation in Europa und die Erhöhung des atomaren Risikos Deutschlands verlangen eine breite und inklusive nationale Diskussion.

Quelle: <https://library.fes.de/pdf-files/bueros/wien/21371.pdf>



Ein Demoauftrag von Bündnis-90/Die Grünen, Kreisverband Neu-Ulm Grünen von 1983

schen Silos mit Interkontinentalraketen. Das bedeutet, dass es sich bei Dark Eagle um eine geostrategische Offensivwaffe handelt, die das nuklearstrategische Gleichgewicht zu Gunsten der USA untergräbt und die russische nukleare Zweitschlagskapazität massiv bedroht. Das hat nichts mit der Abschreckung Russlands zu tun, wie Joe Biden und Olaf Scholz wahrheitswidrig behaupten, sondern versetzt Russ-



land in einen fortgesetzten Alarmzustand. Und das bei sehr geringen Vorwarnzeiten, die bei wenigen Minuten liegen. Das wiederum erhöht die Gefahr von Fehlalarmen und Fehlentscheidungen.

Es erhöht auch die Gefahr eines Präventivangriffs Russlands auf US-Kommandostrukturen hierzulande, quasi als proaktive Verteidigung. Auf die brandgefährlichen US-Pläne antwortet Russland nun mit der Herstellung neuer Nuklearwaffen und mit einer angepassten Nukleardoktrin, die die Schwelle ihres Einsatzes senkt. Das zeigt, wer meint, durch neue US-Raketen in Deutschland dem Frieden zu dienen, liegt falsch, und erreicht genau das Gegenteil. Er dreht in Wirklichkeit weiter an der Rüstungsspirale und bedroht damit unser aller Leben.

Lühr Henken ist Ko-Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag und aktiv in der Berliner Friedenskoordination



## Berliner Appell

# Gegen neue Mittelstreckenraketen und für eine friedliche Welt



Wir leben im gefährlichsten Jahrzehnt seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Die Gefahr, in einen atomaren Abgrund zu taumeln oder durch einen konventionellen Krieg umzukommen, ist real. An dieser Weggabelung stehen wir für eine friedliche und solidarische Welt der gemeinsamen Sicherheit, Solidarität und Nachhaltigkeit für alle Menschen.

### Wir sagen Nein zur Aufstellung neuer US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland!

Die geplanten Hyperschallraketen Dark Eagle steigern die Spannungen und sind insbesondere für Deutschland eine Gefahr, zum Ziel eines Präventivangriffs zu werden. Überdies fördern die geringen Vorwarnzeiten das Risiko von Fehlreaktionen.

Die Stationierung wurde ohne jede öffentliche und parlamentarische Diskussion entschieden. Abrüstungsverhandlungen sind nicht vorgesehen. Wir bleiben dabei, Konflikte und Rivalitäten nicht militärisch zu lösen, sondern alles zu tun, Kriege zu vermeiden oder zu beenden. Dieser Aufgabe darf sich niemand entziehen.

**Erstunterzeichner:** Yusuf As Föderation demokratischer Arbeitervereine DIDF – Bundesvorstand • Horst Becker Parl. Staatssekretär a.D. Bündnis 90/die Grünen • Lothar Binding Sprecher SPD-AG 60+, ehem. MdB • Peter Brandt Historiker, Initiative „Neue Entspannungspolitik jetzt!“ • Reiner Braun ehem. Präsident Internationales Friedensbüro (IPB) • Christoph Butterwegge Armutsforscher • Angelika Claußen IPPNW-Vorsitzende • Sevim Dagdelen MdB BSW • Daniela Dahn Schriftstellerin • Renan Demirkan Schauspielerin • Wiebke Diehl Journalistin und Autorin • Jan Dieren MdB, Vorsitzender der DL 21 der SPD • Klaus Dörre Sozialwissenschaftler • Ulrike Eifler Gewerkschaftssekretärin • Sefariye Eksi Bundesvorsitzende Föderation demokratischer Arbeitervereine DIDF • Katja Ebstein Sängerin • Tino Eisbrenner Songpoet, Friedensgesellschaft Musik statt Krieg e.V. • Axel Fersen Koordinator Erhard-Eppler-Kreis • Uta Finckh-Krämer Pazifistin, ehem. MdB SPD • Hajo Funke Politikwissenschaftler • Martin Gross Gewerkschaftssekretär ver.di • Andreas Grünwald Hamburger Forum • Gregor Gysi Politiker, MdB die Linke • Christoph Habermann Staatssekretär a.D. • Rita-Sybille Heinrich Karl-Liebknecht-Kreis Brandenburg • Lühr Henken Bundesausschuss Friedensratschlag • Peter Hennicke Umwelt- und Energieforscher • Jutta Kausch-Henken Schauspielerin, Friedenskoordination Berlin • Margot Käbmann Theologin • Oliver Keymes Landtagsvizepräsident a.D., Bündnis 90/die Grünen • Yanick Kiesel Frieden in Bewegung • Patrik Köbele DKP • Matthias Kollatz ehem. Finanzsenator SPD • Ralf Krämer Gewerkschaftssekretär • Wolfgang Lieb Staatssekretär a. D. SPD • Gesine Lötzsch MdB die Linke • Jochen Luhmann Friedens- und Umweltforscher • Thomas Meyer Politikwissenschaftler und Autor • Pablo Miró argentinisch-deutscher Komponist und Songwriter • Hans Misselwitz Staatssekretär a. D., Verhandlungsführer 2+4-Verhandlungen • Ruth Misselwitz Pfarrerin a.D. • Klaus Moegling Kulturwissenschaftler • Michael Müller Bundesvorsitzender der NaturFreunde, Parl. Staatssekretär a.D. SPD • Juliane Neigel Sängerin • Willi van Ooyen Bundesausschuss Friedensratschlag • Christof Ostheimer Friedensforum Neumünster • Jürgen Peters ehem. Vorsitzender der IG Metall • Joachim Radkau Historiker • Orlinde Radkau Frauenrechtlerin • Herbert Sahlmann SPD Bonn-Bad Godesberg • Michael von Schulenburg Diplomat, MdEP • Joachim Schuster MdEP a.D. SPD • Jürgen Scheffran Friedensforscher • Alice Schwarzer Frauenrechtlerin, Journalistin • Udo Simonis Umweltforscher • Jörg Sommer Vorsitzender Deutsche Umweltstiftung • Wolfgang Streeck Sozialwissenschaftler • Hans-Jürgen Urban Vorstand IG Metall • Hannes Wader Liedermacher • Sahra Wagenknecht MdB, BSW • Peter Wahl Publizist, Mitbegründer von Attac • Hans-Eckardt Wenzel Autor, Musiker • Hubert Weiger Ehrenvorsitzender des BUND • Ernst-Ulrich von Weizsäcker Umweltforscher • Burkhard Zimmermann Sprecher AG Frieden der DL 21 • Christoph Zöpel Staatsminister a. D. SPD • Dirk Zöllner Sänger • Klaus Zwickel ehem. Vors. der IG Metall



Die drei Fotos hier sind auf der Großdemonstration in Berlin am 3. Oktober 2024 aufgenommen, bei der Berliner Appell verlesen wurde. Mehr Fotos, Eindrücke und die Wortbeiträge unter: <https://nie-wieder-krieg.org/videos-bilder-reden/>  
Das Onlineformular und die PDF-Unterschriftenblätter zum runterladen und ausdrucken (z.B. für Infotische) unter: <https://nie-wieder-krieg.org>



# Erklärung der internationalen Konferenz vom 21. bis 22. September 2024 in Sankt Petersburg, Russland

## Frieden, Natur, Zusammenarbeit in der baltischen und arktischen Region

An:

- die Regierungen und Mitglieder der Parlamente in den baltischen und arktischen Regionen,
- die Vereinten Nationen (UN),
- die Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO),
- die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE),
- den Arktischen Rat,
- den zirkumpolaren Rat der Inuit (ICC),
- die Kommission für den Schutz der Meeresumwelt der Ostsee (auch bekannt als Helsinki-Kommission HELCOM),
- die Organisation des Nordatlantikvertrags (NATO),
- die gesetzgebenden Versammlungen von St. Petersburg und der Region Leningrad

Anlässlich des Internationalen Friedenstages der Vereinten Nationen trafen sich rund 100 Teilnehmer aus Russland, europäischen Ländern, den Vereinigten Staaten und Kanada on- und offline in St. Petersburg, um über die aktuelle Situation der Militarisierung der baltischen und arktischen Regionen, die zunehmenden Risiken einer globalen militärischen Konfrontation und die Zusammenhänge mit der

Verschlechterung des Klimas und anderer Umweltkrisen zu diskutieren.

Die Teilnehmer riefen zu einem sofortigen Stopp der Eskalation des Krieges in der Ukraine auf und forderten die Westmächte auf, die Waffenlieferungen an die Ukraine zu stoppen sowie alle Parteien aufrichtig auf eine dauerhafte friedliche Lösung des Konflikts hinzuarbeiten.

Darüber hinaus fordern die Teilnehmer Folgendes:

- Anstelle des militarisierten Sicherheitskonzepts sollte der Schwerpunkt auf menschliche und gemeinsame Sicherheit gelegt werden, wobei Frieden, Klimakooperation, ökologische Nachhaltigkeit, gerechte Ressourcenverteilung sowie soziale, gesundheitliche und bildungspolitische Sicherheit im Vordergrund stehen sollten. Auch ist den Initiativen, Resolutionen und Verträgen der Vereinten Nationen Vorrang einzuräumen.
- Verlagerung des Geldes vom Militär auf dringende menschliche und ökologische Bedürfnisse.
- Russland muss in alle künftigen Sitzungen der Helsinki-Kommission (HELCOM) einbezogen werden, um den Ernst der Umweltsituation in der Ostsee zu thematisieren. Wir fordern gemeinsame groß angelegte Säuberungsaktionen.
- Die Arbeit des Arktischen Rates muss wieder aufgenommen werden



und die volle Beteiligung Russlands einschließen. Außerdem sollte die Zusammenarbeit zwischen indigenen Völkern über die Grenzen der Arktis hinweg gefördert werden.

- Die Beseitigung der nuklearen Bedrohung und dass die arktischen und baltischen Staaten den Vertrag über das Verbot von Atomwaffen (TPNW) unterzeichnen und ratifizieren; als ersten Schritt die Aufhebung des Hochalarmstatus für Atomwaffen, die Verlängerung der Warnzeiten und die Annahme einer Politik des Nicht-Ersteinsatzes von Atomwaffen; eine verbesserte Vorbereitung auf mögliche radioaktive Emissionen von Schiffen mit Atomtriebwerk in arktischen und baltischen Gewässern und der Ausschluss aller militärischen Aktivitäten in der Nähe von zivilen Nuklearanlagen sowie die Einrichtung von Sicherheitszonen um diese.

- Die arktischen und baltischen Regionen sollten zu atomwaffenfreien und entmilitarisierten Zonen des Friedens gemacht werden.
- Offene Grenzen, Erleichterung des zwischenstaatlichen Austauschs und Wiederherstellung von Programmen für den Austausch zwischen den Menschen.
- Förderung einer Kultur des Friedens. Umsetzung des UNESCO-Mandats zur Schaffung von Frieden durch internationale Zusammenarbeit in den Bereichen Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation, die unerlässlich ist, um den gegenwärtigen weltweiten Spannungen und der Militarisierung entgegenzuwirken. Es ist notwendig, den Kontakt und die Zusammenarbeit mit der UNESCO zu erneuern und die Vision und das

Programm einer Kultur des Friedens als einen wichtigen, umfassenden, humanistischen Rahmen für unsere gemeinsamen Bemühungen um ein friedliches Zusammenleben zu sehen.

Schließlich fordern die Teilnehmer die Wiederherstellung des inklusiven Mandats der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) als notwendigen Rahmen für den Frieden in Europa und der Welt.

Wir fordern ein Gipfeltreffen der OSZE im Jahr 2025 anlässlich ihres 50jährigen Bestehens - und im Geiste des Gipfeltreffens von Helsinki im Jahr 1975 -, um Russland und ein breites Spektrum der Zivilgesellschaft einzubeziehen.

Wir glauben an die Unteilbarkeit der Sicherheit, was bedeutet, dass niemand sicher ist, solange nicht alle sicher sind. Frieden wird durch Diplomatie, Zusammenarbeit, „grenzüberschreitende Aktivitäten“, die aktive Einbeziehung der Diaspora und eine feministische Agenda erreicht, die auf Schutz, sinnvolle Beteiligung und Prävention in allen Phasen des Konflikts setzt.

Unterzeichnet von über 100 einzelnen Teilnehmern der Konferenz, Mitgliedern von Friedens- und Umweltorganisationen und anderen Personen, die die Erklärung unterstützen

## Berliner Appell in Hamburg Altona



Seit unserer großen Friedensmanifestation am 3. Oktober sammelt FRIED:A – Friedensinitiative Altona – Unterschriften unter den Berliner Appell. An unserem Infostand – jeden Samstag von 11 bis 13 Uhr – hat er magnetische Wirkung. Mehrere hundert Freundinnen und Passanten haben den Appell bereits unterzeichnet.

„Wir sind kriegsmüde – nicht lebensmüde“ erschallt es über den Goetheplatz mitten in Altona. Wir bewerben unsere Veranstaltungen und öffentlichen Treffen. Wir machen Musik und legen uns, mit weißen Tüchern bedeckt zu Mozarts Re-

quiem Lacrimosa auf den Asphalt (siehe Foto). Wir wenden uns gegen die Militarisierung unseres Hafens und benennen in Kurzreden die Todesgefahr, die durch Waffenexport in die Zielländer getragen wird. Auch uns macht der Waffenumschlag zur Zielscheibe gegnerischer Raketen. „So machen Sie Deutschland zum Kriegsschauplatz, Herr Scholz!“ titelt ein FRIED:A– Flugblatt im September. Der Berliner Appell ist hilfreich. Interesse und Zuspruch sind groß. Persönliche Gespräche um die Unterschrift stärken die Friedensbewegung.

FRIED:A – Friedensinitiative Altona

## Wie aktiv werden gegen neue Mittelstreckenraketen

Willi van Ooyen & Karl-Heinz Peil

Die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen ist bereits seit vorletztem Jahr im Gespräch. Konkret ging es dabei bisher um die Hyperschallraketen Dark Eagle, für die in Wiesbaden an den dortigen Standorten der US Army Europe (Erbenheim und Mainz-Kastel) die entsprechenden Kommandozentren bereits vorhanden sind. Erheblichen Auftrieb für friedenspolitische Aktivitäten vor Ort gibt es aber erst seit der offiziellen Vereinbarung, die Bundeskanzler Scholz im Juli in Washington getroffen hat und welche auch weitere Waffensysteme mit Marschflugkörpern beinhaltet. Aktionen hiergegen fanden bereits am 31.8. mit einer Fahrraddemo in Wiesbaden-Erbenheim (siehe Fotos auf Seite 2) und einer anschließenden Demo und Kundgebung in Mainz-Kastel statt. Ebenso am 3.10. parallel zur Großdemo in Berlin.

Notwendig ist die Präsenz auf der Straße sowohl auf Feldwegen rund um Militärstandorten als auch innerstädtisch, wo der Protest von der Bevölkerung deutlich wahrgenommen wird. Dieses ist derzeit für Wiesbaden in der Vorbereitung. Gleiches gilt für die anderen Orte mit militärisch zentralen Strukturen. Die jährlichen Aktionswochen gegen die US Airbase Ramstein beinhalteten deshalb auch von Anfang an auch Veranstaltungen und

Aktionen in Kaiserslautern.

Verstärkt notwendig zur Fokussierung auf militärische Standorte sind künftig überregionale Strukturen mit Friedensbündnissen, wie sie sich in der letzten Zeit bereits in NRW und Norddeutschland herausgebildet haben und im Südwesten in Vorbereitung sind.

Inhaltlich muss es darum gehen, den Widerstand gegen neue Mittelstreckenraketen als gefühlte, existenzielle Bedrohung zu verbinden mit einem zentralen Satz des Berliner Appells: „An dieser Weggabelung stehen wir für eine friedliche und solidarische Welt der Gemeinsamen Sicherheit, Solidarität und Nachhaltigkeit für alle Menschen.“

Dazu bedarf es vieler Infostände in innerstädtischen Bereichen ebenso wie die Nutzung von Social Media und (immer noch) Leserbriefen an Zeitungen. Einhergehen muss dieses mit Foren der Friedensbewegung wie dem jährlichen Friedensratschlag in Kassel, wo auch über friedenspolitische Zugänge für die junge Generation diskutiert wird. Angefangen von den Debatten über die Reaktivierung der Wehrpflicht bis hin zum Schleifen von Zivilklauseln an Universitäten, um in allen gesellschaftlichen Bereichen „kriegstüchtig“ zu werden.

Willi van Ooyen und Karl-Heinz Peil, Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V. in Frankfurt a.M.